

Pressemitteilung vom 11. März 2021

Auflagen für Versammlungen der Pandemieugner*innenszene durchsetzen

München, 11.03.2021 – Die Proteste gegen die Infektionsschutzmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie nehmen im Frühjahr 2021 weiter an Fahrt auf: Mit Flugblatteinwürfen, mehreren wöchentlichen Kundgebungen, Autokorsos und kleineren Aktionen wie Flashmobs ist die verschwörungsideologische Stimmungsmache in München präsent. An Sonntagen finden zusätzlich größere Kundgebungen und mittlerweile auch Demonstrationen der Pandemieugner*innenszene statt. Die Auflagen für diese größeren Versammlungen werden in der Praxis oft nicht befolgt. Die Polizei setzt die Einhaltung der Auflagen vor Ort nicht durch – ein praxistaugliches Konzept für die Einsätze ist nicht erkennbar.

Am 21. und 28. Februar sowie dem 7. März 2021 organisierte der Szeneanwalt und Aktivist Markus Haintz Demonstrationen deren Route vom Königsplatz zum Marienplatz führte, wo anschließend eine Kundgebung stattfand. An diesen Demonstrationen durften laut Haintz 150 Personen teilnehmen. Jedoch versammelten sich jedes Mal nach einer intensiven Mobilisierung in einschlägigen Telegramgruppen deutlich mehr Menschen auf dem Königsplatz und schlossen sich dem Kundgebungszug an.

Die anwesende Polizei versuchte am 21. Februar ohne erkennbaren Erfolg eine Trennung von überzähligen Personen von der Demonstration durchzusetzen. Der Aufzug bahnte sich seinen Weg durch die Maxvorstadt, zahlreiche Teilnehmende wichen einfach auf den Bürgersteig aus.

Eine Woche später war die Anzahl der Teilnehmenden mit rund 350 weiter gestiegen. Nachdem sich die Demonstration in Bewegung gesetzt hatte, sperrte die Polizei an der Ecke Luisenstraße/Gabelsbergerstraße die Strecke. Die rund 150 Teilnehmenden, die so von der Demonstration getrennt wurden, ließen wie zu erwarten nicht von ihrem Vorhaben ab, sondern zogen unkontrolliert in kleineren und größeren Gruppen durch die Maxvorstadt. Als sich ein Teil von ihnen später in der Theresienstraße erneut sammelte und in Richtung der Hauptdemonstration auf der Ludwigsstraße steuerte, zwang die Polizei die Teilnehmenden zur Umkehr. Daraufhin marschierten diese querfeldein zum Marienplatz.

Auch am 7. März kamen weitaus mehr Menschen als von den Behörden zugelassen zum Königsplatz. Ein weiteres Mal trennte die Polizei einen Teil der Kundgebungsteilnehmenden ab, mit der Folge, dass diese kleinere und größere Gruppen bildeten und ohne polizeiliche Kontrolle durch die Maxvorstadt liefen. Die Sicherheitskräfte hatten diese weder im Blick noch unter Kontrolle. Die Teilnehmenden selbst diktierten vor Ort die Umsetzung der Versammlung – ein Umstand der diese sichtlich ermutigte.

Während der Aufzüge werden die Versammlungsaufgaben, besonders hinsichtlich der Teilnehmendenzahl nicht beachtet – die Polizei setzt ihre Einhaltung nicht durch. Viele Teilnehmende halten während der Aufzüge der Pandemieugner*innenszene die Infektionsschutzmaßnahmen nur unzureichend ein: Sie versammeln sich oft ohne ausreichende Abstände und Mund-Nase-Bedeckungen. Muss schon bei den regulären Kundgebungen der Szene von einem erhöhten Infektionsrisiko ausgegangen werden, so steigt dieses wohl nochmal deutlich, bei diesen unregelmäßigen Aktionen. Die unkontrollierten Aufmärsche der Szene, die in politischen Gegner*innen, demokratischen Institutionen, Medien, Pharmaunternehmen, Behörden

und Volksvertreter*innen klare Feindbilder hat, sind außerdem eine direkte Gefahr für alle Münchner*innen, die in deren Verschwörungserzählungen auf der „bösen“ Seite stehen. Allein am vergangenen Wochenende zählte die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus drei massive physische Angriffe auf Dritte im Verlauf von Versammlungen der Pandemieleugner*innenszene.

„Es braucht dringend eine stringente Durchsetzung der Vorgaben für Versammlungen der Pandemieleugner*innenszene in München. Wie viele Angriffe müssen noch geschehen bevor die Polizei reagiert? Die Behörden dürfen sich von den Organisator*innen nicht weiter vor sich her treiben lassen, wenn diese mit mittlerweile hinlänglich bekannten Mobilisierungen und hohen Teilnehmerszahlen Fakten schaffen. Die unkontrollierten Aufmärsche sind eine unmittelbare Gefahr für die Stadtgesellschaft – sowohl durch Übergriffe als auch durch das Infektionsrisiko.

Es ist höchste Zeit, dass die Behörden aktiv werden: Die wöchentlichen Aufmärsche gehen ungebremst weiter und für den 1. Mai kündigt die Szene eine Großdemonstration mit überregionaler Mobilisierung in München an“, betont Marcus Buschmüller, Fachinformationsstelle Rechtsextremismus.

Für Rückfragen und Interviewanfragen stehen wir Ihnen unter firm@feierwerk.de oder telefonisch 089/46133090 zur Verfügung.